



Nummer 3|2008

Kirche und Umwelt

Eglise et environnement

Chiesa e ambiente

Baselgia ed ambient



Wer kennt sie nicht, die bunten, üppigen Wochenmärkte? Eine reichhaltige Auswahl an Gemüse und Früchten sowie anderen Nahrungsmitteln erfreut unsere Sinne und unseren Gaumen. Weit weg der Gedanke, dass es anderswo auf unserer Erde selbst an den Grundnahrungsmitteln fehlt. Die jüngsten Hungerrevolten weisen aber auf die nach wie vor bestehende weltweite Armut hin. Diese wird durch die Entwicklungen im Agrarsektor zusätzlich verschärft. Stichworte dafür sind der Klimawandel, Anbau von Agrotreibstoffen und die Spekulation.

Was bedeutet in diesem Kontext die Bitte um das tägliche Brot oder in nicht religiöser Sprache ausgedrückt das Recht auf Nahrung? Die Achtung dieses Menschenrechts kann nur mit weltweiter Solidarität einhergehen. In erster Linie stehen da die Industriestaaten in der Verantwortung. Gefordert ist die Umstellung auf eine Lebens- und Wirtschaftsweise, die weltweit sozial gerecht und umweltverträglich ist.

Béatrice Bowald ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Justitia et Pax (Stabskommission der Schweizer Bischofskonferenz für soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen). Sie wurde an der MV 2008 in den oeku-Vorstand gewählt.

Geschäft mit dem Hunger beenden

von Miges Baumann

Die weltweit steigenden Nahrungsmittelpreise bedeuten Hunger und Not. Zu den 850 Millionen bisher unter Hunger leidenden Menschen kommen mindestens 100 Millionen «neue Arme», die sich die teure Nahrung nicht mehr leisten können.

Auf der anderen Seite explodieren mit den steigenden Preisen die Gewinne von Investmentfonds und Konzernen der agrarischen Produktions- und Verteilungskette. So stiegen die Gewinne der weltgrößten Getreidehandelsfirma Cargill in den ersten drei Monaten des Jahres 2008 um 86 Prozent.

Die Krise hat ihre Ursachen in einem fatalen Cocktail aus jahrelangem Liberalisierungsdruck der Internationalen Organisationen IWF, Weltbank und WTO sowie in der zunehmenden Marktkontrolle über Saatgut, Hilfsstoffe und Handel durch wenige Konzerne. Dieser Cocktail wird durch die Erwartung auf schnelle Profite unter sich verschlechternden Klimabedingungen und durch die Umwandlung von Nahrung in Treibstoffe zusätzlich gewürzt. Demonstrationen gegen die hohen Lebensmittelpreise in fast 40 Ländern haben viele Regierungen aufgeschreckt. Verunsichert versammelten sie sich im Juni am Welternährungsgipfel der FAO in Rom. Alle stimmen zu, dass schnell etwas getan werden müsse, doch über das *Was* herrscht grosse Uneinigkeit. Agro-Industrie und Getreidehändler, die von der Krise profitieren, wollen den bisherigen Weg weitergehen – mehr Hybrid- und Gentechsaatgut, mehr Geld für Düngemittel, mehr Marktliberalisierung. Viele Regierungen stimmen dem zu, weil sie nichts anderes kennen als den Ruf nach Marktliberalisierung und neuen Technologien.

Auf der anderen Seite stehen Bauern, Nichtregierungsorganisationen und Landwirtschaftsexperten, die genug haben von den bisherigen Misserfolgen. Bauernorganisationen und ihre Verbündeten fordern eine radikale Umkehr der globalen Agrarpolitik. Dabei soll das Menschenrecht auf Nahrung zu verbindlichem Völkerrecht ausgebaut werden. Die Ernährungssicherheit und Selbstversorgung einzelner Länder soll mit geeigneten Massnahmen geschützt werden. Die durch Patente abgesicherte Kontrolle über Saatgut und Genressourcen soll aufgehoben und eine multifunktionale Landwirtschaft gefördert werden.

Die Agrarpolitik soll sich auf die Bedürfnisse der Kleinbauern ausrichten, die biologische Vielfalt und nachhaltige Produktionsweise fördern und Unabhängigkeit von erdölbasierten und klimaschädlichen Hilfsstoffen anstreben.

Miges Baumann ist Ökonom und arbeitet als Leiter Entwicklungspolitik bei Brot für alle.

In dieser Ausgabe

Umweltpolitik	2
SchöpfungsZeit08	3
Sommeraktion 2008	6
Rückblick MV08	8

Schwerpunkt

Landwirtschaft: Nahrung und Treibstoff	4–5
--	-----

Effizienz und alternative Energie

Die oeku stellt sich als Mitglied der «Allianz Stopp Atom» gegen den Bau von neuen Atomkraftwerken. Daneben befürwortet sie die Initiative «Lebendiges Wasser», die sich u.a. für angemessene Restwassermengen bei der Stromproduktion einsetzt (*siehe rechts*). Wie ist diese Haltung mit dem steigenden Energieverbrauch unserer Gesellschaft vereinbar?

Heute setzt die Schweiz zu 85 Prozent auf nicht erneuerbare Energiequellen. Heizen mit Öl, Autofahren mit Benzin und die Stromerzeugung mit Uran schenken besonders ein. Der Name «nicht-erneuerbar» sagt es: Diese Energiequellen sind erschöpflich – und zu 100% aus dem Ausland importiert. Dabei nehmen die Indizien zu, dass der «Peak Oil», also das weltweite Fördermaximum, bereits erreicht ist.

Auf der anderen Seite sind die alternativen Energien «erwachsen geworden» und drängen auf den Markt. So erwartet die Pfäffiker Firma Oerlikon für 2009 einen Umsatz von 1 Milliarde Franken allein in der Solarsparte. In Deutschland werden pro Jahr Fotovoltaikanlagen mit einer Leistung von einem Gigawatt zugebaut – dies entspricht der Produktion des Atomkraftwerks Gösgen. Windenergie aus dem europäischen Energieverbund, gepaart mit Bioenergie, Sonnenenergie, Geothermie, Wasserkraft, intelligenter Energiespeicherung, dazu Energieeinsparung und Energieeffizienzsteigerung ... diese Massnahmen als Gesamtpaket sind durchaus in der Lage, eine preiswerte, sichere und nachhaltige Stromversorgung zu gewährleisten.

Die Frage ist, ob wir das Problem *heute* angehen wollen, oder ob wir es noch einmal in die Zukunft verschieben. Es ist eine Frage des politischen Willens – vielleicht auch der Suffizienz und der Anerkennung der Grenzen des Wachstums.

Kurt Aufderegg

www.peakoil.ch

Atomkraftfreie Energieversorgung

Der Stromkonzern Atel hat ein Rahmenbewilligungsgesuch für ein neues Atomkraftwerk eingereicht. Die Allianz Stopp Atom lehnt die Atompolitik der Atel ab. Sie wird das Referendum gegen den Neubau von Schweizer AKWs ergreifen.

Die Allianz Stopp Atom reagierte noch am Tag der Bekanntgabe der Atel-Pläne: Atomenergie sei eine veraltete Technologie, die mehr Probleme schaffe als löse, sie belaste die Umwelt auf allen Vor- und Nachstufen. Das Atommüllproblem sei weltweit ungelöst, hiess es in einer Mitteilung. Die Allianz bestritt in ihrer Stellungnahme, dass es eine Stromlücke gebe. Vielmehr entstehe beim Abschalten der veralteten Schweizer AKW die

Chance, endlich einer nachhaltigen und auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien beruhenden Energiepolitik zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Grüne Partei der Schweiz wie auch die Fraktion der SP Schweiz bekräftigten ihren Referendumswillen in Resolutionen. Statt eines neuen AKWs müsse der Kurswechsel hin zu einer nachhaltigen Energiepolitik vollzogen werden.

www.stoppatom.ch

Gentechnikfreie Landwirtschaft

Der Bundesrat will das 2010 auslaufende Moratorium «für eine gentechnikfreie Landwirtschaft» um drei Jahre verlängern. Die Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie SAG begrüsst diesen Entscheid.

Noch bis Ende 2010 gilt das von Volk und Ständen angenommene Moratorium für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft. Bis dann dürfen gentechnisch veränderte Tiere nicht in Verkehr gebracht und gentechnisch veränderte Pflanzen in der Landwirtschaft nicht angebaut werden. Die Aussaat zu Forschungszwecken ist unter strengen Auflagen erlaubt. Im Mai 2008 beauftragte der Bundesrat das UVEK aufgrund einer veränderten Einschätzung, eine Botschaft zur Verlängerung des Moratoriums um drei Jahre auszuarbeiten. Da die Ergebnisse des NFP59 und somit Antworten auf die Beson-

derheiten der Schweizer Landwirtschaft und Umwelt erst Mitte 2012 vorliegen, sei eine Verlängerung gut möglich. Zudem habe das bisherige Moratorium zu keinen erkennbaren Problemen geführt, weder für die Landwirtschaft noch für die Forschung oder die internationalen Beziehungen.

Die Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie SAG, in welcher gentechnisch-kritische Bauern-, Konsumenten-, Umwelt- und Tierschutzorganisationen zusammengeschlossen sind, ist als Initiantin der Gentechfrei-Initiative erfreut über diesen Entscheid. www.gentechnologie.ch

IMPRESSUM oeku-Nachrichten

Ausgabe 3/2008, Juni 2008

Herausgeber | Editeur oeku Kirche und Umwelt | oeku Eglise et environnement, PF | CP 7449, 3001 Bern, T 031 398 23 45, F 031 398 23 47, info@oeku.ch, www.oeku.ch

Redaktion | Rédaction Kurt Zaugg-Ott (zg), Kurt Aufderegg (ak)

Layout Kurt Aufderegg Übersetzung | Traduction Martine Besse, Biel Druck, Versand | Impression, diffusion Basisdruck Bern. Adressänderungen an oeku, PF 7449, 3001 Bern

Beilagen: SchöpfungsZeit und Kurse für Praktiker

Mit dieser Ausgabe der oeku-Nachrichten erhalten Sie folgende Beilagen:

- 1.) Einladung zur ökumenischen **Auftaktveranstaltung zur SchöpfungsZeit** am 1. September 2009 in der Offenen Kirche St. Gallen. Mit Josef Rosenast, Heinz Fäh, Clown Pello und Yvonne Gilli.
- 2.) Einladung zur **Tagung «Aus Respekt vor der Schöpfung – Kirchliche Gebäude nachhaltig bewirtschaften»** der Reformierten Landeskirche Aargau. Die Tagung findet am 8. November im Reformierten Kirchgemeindehaus Ruppertswil unter oeku-Beteiligung statt.
- 3.) Die Ausgabe mit dem französischen Deckblatt enthält einen Flyer der **Tagung «Eglise et environnement – de la conviction à l'action»**, die am 4. Oktober 2008 in Lavigny stattfindet.

SchöpfungsZeit

Planet Erde – Oase im All

Die Schweizer Kirchenleitungen empfehlen ihren Mitgliedskirchen, die SchöpfungsZeit zu feiern und die Materialien der oeku zu verwenden. Die oeku organisiert eine Auftaktveranstaltung am «Tag der Schöpfung» in St. Gallen.

Bereits drei Reformierte Kantonalkirchen stellen die oeku-Arbeitsdokumentation zur SchöpfungsZeit ihren Pfarrämtern flächendeckend zu: In Bern, Zürich und im Aargau erhalten alle Kirchgemeinden je ein Exemplar der Arbeitshilfe, im Kanton Bern auch die katholischen Pfarrämter. Die Adok will mit einer Sammlung von Predigtimpulsen, liturgischen Texte und Liedervorschlägen die Pfarrämter bei der Vorbereitung von Gottesdiensten oder Gemeindeanlässen unterstützen.

SchöpfungsZeit erlangt offiziellen Charakter

Die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Schweiz AGCK empfiehlt den Kirchgemeinden, die SchöpfungsZeit zu feiern und die Unterlagen der oeku einzusetzen. Ebenso regt der Schweizerische Evangelische Kirchenbund SEK seine Mitgliedskirchen an, im Sinne der 3. Europäischen Ökumenischen Versammlung die SchöpfungsZeit zu begehen. Und die Schweizer Bischofskonferenz hat die «Bewahrung der Schöpfung» in der Zeit vom 1. September bis zum 4. Oktober in ihren liturgischen Kalender aufgenommen.

Nach der erfolgreichen Feier des **«Tags der Schöpfung»** im vergangenen Herbst in Waldshut/Klingnau kann die oeku bei der Vorbereitung des diesjährigen **1. Septembers** auf die Unterstützung der St. Galler Kirchen zählen. Zur ökumenischen Auftaktveranstaltung in St. Gallen sind alle Interessierten herzlich eingeladen (*Flyer*).

Bereits traditionell stellt die kirchliche Erwachsenenbildungsstelle des Kantons Thurgau auch in diesem Jahr wieder eine **Liturgie zur SchöpfungsZeit** und das beliebte Hosensackgebet zur Verfügung.

Quasi als geografische und zeitliche Klammer findet zum Abschluss der SchöpfungsZeit am **4. Oktober** in Lavigny bei Morges eine christliche Tagung zur Schöpfungsbewahrung statt.

Bestellungen, Infos: www.oeku.ch, www.evangel-kirche-tg.ch, www.arocha.org

Mehr Wasser in die Flüsse

Die Initiative «Lebendiges Wasser» soll einem angemessenen Gewässerschutz zum Durchbruch verhelfen. Als Gegenvorschlag hat das Parlament einen Kompromiss in die Vernehmlassung geschickt.

Kein Land nützt seine Flüsse zur Stromproduktion so intensiv wie die Schweiz. 60 Prozent des Stroms werden von über 1500 grösseren und kleineren Wasserkraftwerken produziert. So begrüssenswert diese klimafreundliche Stromproduktion auch ist: künstliche Hochwasser, ausgetrocknete Flussbette, unzählige künstliche Schwellen, begradigte und einbetonierte Flussläufe stören das Leben in und am fliessenden Wasser dramatisch; viele Fischarten und noch mehr Amphibienarten sind schon ausgestorben oder vom Aussterben bedroht.

Restwasser ermöglicht Artenvielfalt

Zwei Drittel der Schweizer Stimmenden haben 1975 verlangt, dass Wasserkraftwerke angemessene Restwassermengen im Flussbett lassen müssen. 1991 ist mit dem Druck einer weiteren Volksinitiative das neue Gewässerschutzgesetz vom Parlament und schliesslich vom Volk gutgeheissen worden. Dennoch geht beim Gewässerschutz nichts voran. Der Schweizerische Fischerei-Verband hat deshalb die Volksinitiative «Lebendiges Wasser» lanciert und im Jahr 2006 mit Unterstützung

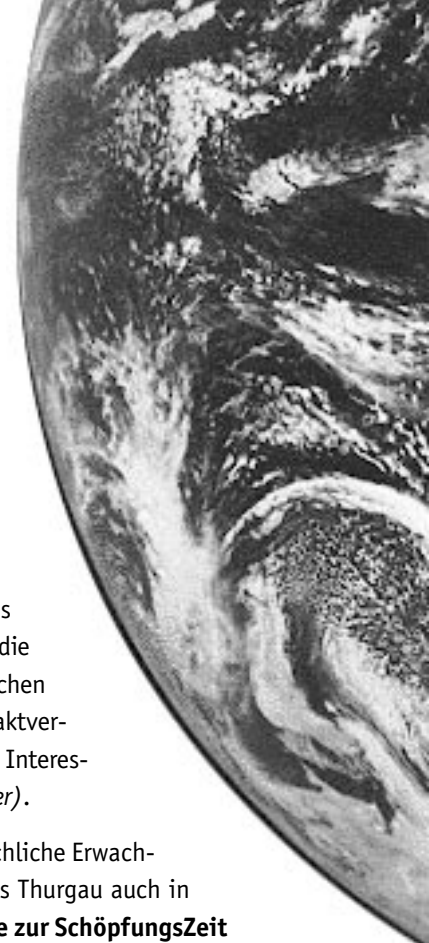
von Umweltorganisationen eingereicht.

Die Initiative soll einem angemessenen Gewässerschutz endlich zum Durchbruch verhelfen. Dieser soll nicht nur den Fischern ihre Fischgründe sichern. Gesunde Gewässer sichern die Trinkwasserversorgung, schützen vor Hochwassern und sind attraktive Naherholungsgebiete.

Das Parlament weiss, dass die Stimmbevölkerung sensibel ist, was ihre Gewässer angeht. Es hat daher einen Kompromissvorschlag ausgearbeitet und in die Vernehmlassung geschickt: Mit Vorschriften und Subventionen soll die Renaturierung vorangetrieben werden.

Insbesondere die schädliche Auswirkung der künstlichen Pegelschwankungen sowie die Renaturierung der zerstörten Flussbette soll nun angegangen werden – das sind die Zugeständnisse an die Initianten. Mit weiteren Ausnahmen von der Pflicht, Restwasser im Flussbett zu belassen, soll die Stromproduktion so wenig wie möglich beeinträchtigt werden – das ist die bittere Pille. Ob Fischer und Umweltschutzorganisationen dies schlucken werden und die Initiative zurückziehen, ist derzeit noch völlig ungewiss.

Weitere Informationen: www.lebendiges-wasser.ch



Welt-Landwirtschaftsbericht kritisiert Ressourcenverschleiss der «Grünen Revolution»

Der Schweizer Welternährungspreisträger Dr. Hans Rudolf Herren präsidiert ein weltweites Netz von über 400 WissenschaftlerInnen, welche die Landwirtschaft und deren Auswirkungen, Chancen und Risiken während vier Jahren evaluierten. Nun liegt der erste globale Bericht zur Lage der Landwirtschaft zu Händen von Regierungen und Entscheidungsträgern vor. Das Fazit: «Wir können nicht weitermachen wie bisher!»

Der jetzt vorliegende Schlussbericht wurde von den Regierungen von rund 60 Ländern gut geheissen und enthält u.a. 22 Kernaussagen, welche für Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft Empfehlungen formulieren, wie Nahrungsmittelproduktion sowie Armuts- und Hungerbekämpfung auf eine nachhaltige Basis gestellt werden kann. Er ist als Parallelbericht zum vierten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen zu verstehen und nimmt auf diesen Bezug. Der Welt-Landwirtschaftsbericht IAASTD (International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development) hält fest, dass weltweit rund 2,6 Milliarden Menschen von der Landwirtschaft leben. Die grosse Mehrheit der Ärmsten und Hungernden leben in ländlichen Verhältnissen und sind grossteils von der Landwirtschaft abhängig. «Dass in der Vergangenheit immer weniger für die Kleinbauern in den Entwicklungsländern getan wurde, ist fatal», so Dr. Herren. «Wir müssen Ausbildung, Zugang zu Information, Kleinkrediten und Land für die Bauern fördern und auch Marktstrukturen schaffen, die diesen vielen Menschen eine Chance geben, sich und ihre Familien zu ernähren!»

Grüne Revolution hat ausgedient

Der Bericht anerkennt den Beitrag der sogenannten «Grünen Revolution» für die Ernährung der Weltbevölkerung. Gleichzeitig weist er aber kritisch auf den hohen Verbrauch von Kunstdüngern, Pestiziden und Wasser und die dadurch verursachte Degradation der Böden hin. Die Grüne Revolution sei darum kein taugliches Konzept für die Zukunft. Nötig sei eine Verstärkung der biologischen Landwirtschaft, die die Bodenfruchtbarkeit verbessert und mit kleineren Mengen an Zusatzstoffen auskomme. Wasser, Dünger und Energie müssten viel effizienter und sparsamer eingesetzt werden. Heute werden weltweit 70 Prozent des Frischwassers für die Landwirtschaft eingesetzt! Wichtig sei ebenso, lokales Wissen und die Kreativität der Kleinbauern zu fördern. Die Liberalisierung der Agrarmärkte und die Ausrichtung der Landwirtschaft auf die Produktion für den Export habe in vielen Ländern dazu geführt, dass die Ernährungsbasis für die eigene Bevölkerung nicht mehr gesichert sei.

Landwirtschaft muss nachhaltiger werden

Der IAASTD Bericht belegt ferner, dass weltweit genug Nahrung produziert wird, um die Weltbevölkerung zu ernähren. Hauptprobleme sind laut Welt-Landwirtschaftsrat Verteilung und Nachhaltigkeit. Die zunehmende Chemisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft sowie die mangelnde Ausbildung und Forschung für nachhaltige Landbaumethoden haben dazu geführt, dass natürliche Ressourcen übernutzt wurden und heute viele Böden ausgelaugt sind. «Wenn wir die Böden und die Anbaumethoden nicht verbessern, dann nützen die besten Samen und modernsten Technologien nichts,» bringt es Dr. Hans Rudolf Herren auf den Punkt. Eine Trendwende sei dringend nötig: «Die Landwirtschaft muss menschlicher und nachhaltiger werden», sagt der Schweizer Welternährungspreisträger, «und wir haben gute Beispiele, gerade auch in Afrika, die zeigen, dass angepasste Technologien und angewandte Forschung zu Lösungen führen, die den Kleinbauern und der Umwelt helfen».

zg, *biovision*

Was versteht man unter der «Grünen Revolution»?

Als Grüne Revolution wird der Versuch der Weltbank bezeichnet, in Indien sowie in den Ländern des Trikonts (Asien, Afrika, Lateinamerika) seit den 1960ern durch damals modernere Agrartechnik die Armut zu bekämpfen und die Ernährungssicherheit bei stark wachsender Bevölkerung sicherzustellen. Der Versuch wurde durch die Regierungen in den Ländern und durch die internationale Entwicklungspolitik stark gefördert.

Die Ertragssteigerungen in der Landwirtschaft erfolgten durch die Umstellung auf Monokulturen und die gezielte Kreuzungszüchtung (Hybridisierung) verschiedener Getreidearten. Die Bauern wurden dabei durch professionelle Züchter beraten und setzten vermehrt neu gezüchtetes Saatgut ein. Die Züchtung führte teilweise zur Entwicklung von sogenanntem «hungrigen» Saatgut, also Saatgut, das durch verstärkten Input (Dünger, Wasser, Pestizide und Herbizide) höheren Ertrag erbringt. Die Zahl der angebauten Sorten ging in diesem Prozess stark zurück. In Indien sank die Zahl der Reissorten von etwa 50 000 in den 60er Jahren auf etwa 50 Ende der 90er Jahre.

Wikipedia

Geld verdienen in der Krise

Der Welt-Landwirtschaftsbericht spricht eine klare Sprache. Ebenso unmissverständlich sind die Aussagen und Ziele der Agrar-, Chemie- und Nahrungsmittelunternehmen: Aus ihrer Perspektive ist eine weitere Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft möglich. Die Schweiz ist Sitz einiger Grossen der Branche.

Neben dem grössten Lebensmittelkonzern der Welt (Nestlé) haben auch «Global Players» wie Glencore und Xstrata (Rohstoffe) und Syngenta (Agrarchemie) ihren Sitz in der Schweiz. Diesen Firmen bescheren die rekordhohen Preise für Grundnahrungsmittel happige Umsatzsprünge. So zog beispielsweise der Umsatz des weltgrössten Agrarchemiekonzerns Syngenta im ersten Quartal 2008 um 28 Prozent auf rund 3,79 Milliarden Dollar an.

Weitere Wachstumssteigerung möglich?

Offenbar sind Bauern rund um den Globus in Anbetracht der hohen Preise sehr daran interessiert, die Ernten zu verbessern. Sie greifen deshalb immer öfter zu gentechnisch verändertem Saatgut und Unkrautvernichtungsmitteln. Beides verkauft die in Basel ansässige Syngenta. Nach Aussage von Syngenta werden die stetig wachsende Weltbevölkerung, eine höhere Nachfrage nach Futtermitteln sowie der zunehmende Einsatz von Pflanzentreibstoffen dafür sorgen, dass der Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten bis in das nächste Jahrzehnt hinein um jährlich um 2,5 Prozent wächst. Da die Anbauflächen sich kaum noch ausweiten lassen, versuchten die Bauern durch verstärkten Chemieinsatz und schädlingsresistente Pflanzen die Ernteerträge hochzuschrauben. Doch auch dann dürften die Preissteigerungen noch ein paar Jahre anhalten.

Gentechnologie soll Probleme lösen

In der Diskussion um explodierende Nahrungsmittelpreise sieht Syngenta noch eine Vielzahl von Möglichkeiten, um die Produktivität in der Landwirtschaft auszuweiten. Neben Dünger könnten dies bessere Saaten und ein verstärkter Pflanzenschutz bewirken. Um in Zukunft das Bevölkerungswachstum zu bewältigen, den Futtermittelbedarf für Schlachttiere abzudecken und die Nachfrage nach Biokraftstoffen zu befriedigen, sei der Einsatz von Gentechnologie nötig.

Billiger Sprit ein Menschenrecht?

Die Verwendung von Nahrungsmitteln als Treibstoff ist mitverantwortlich für den sprunghaften Anstieg der Lebensmittelpreise. Können Agrotreibstoffe unsere Energieprobleme überhaupt lösen? Meinungen von Bundesräten.

«Bio»-Treibstoff ist ein neues Zauberwort in der Klimadebatte. In den USA, der EU, Brasilien und weiten Teilen Asiens werden zurzeit Milliardenbeträge in den Anbau und die Verarbeitung von Mais, Soja, Raps, Zuckerrohr, Palmöl oder Weizen investiert, um Ethanol und Pflanzendiesel für Autos herzustellen. Diese Agrotreibstoffe sollen vor allem in den Industriestaaten das Auto «klimaverträglich» machen und ein grenzenloses Fahren ohne schlechtes Gewissen ermöglichen.

Eine Studie der Bundesämter für Energie, Umwelt und Landwirtschaft hat aber gezeigt, dass weitaus nicht alle Agrotreibstoffe das Label «Bio» verdienen. Landen Pflanzen aus Grossplantagen im Autotank, hat dies weit reichende Nebenwirkungen: Nahrungsmittel werden knapp, der Regenwald wird im Akkord abgeholzt, Kleinbauern verlieren ihren Boden, Menschen werden vertrieben, Böden werden durch die Monoplantagen übernutzt, Wasser durch Pestizide und Dünger vergiftet. Nur Treibstoffe aus Abfall, Reststoffen und Holz werden in der Studie als ökologisch positiv bewertet. Weil die katastrophalen Nebenwirkungen den Nutzen bei weitem übertreffen, schlägt die deutsche Stiftung BioLand das Wort «Biodiesel» gar als Unwort des Jahres 2009 vor.



stoffs aus Abfall, Reststoffen und Holz werden in der Studie als ökologisch positiv bewertet. Weil die katastrophalen Nebenwirkungen den Nutzen bei weitem übertreffen, schlägt die deutsche Stiftung BioLand das Wort «Biodiesel» gar als Unwort des Jahres 2009 vor.

Leuenberger und Merz einig

Zur Steuerbegünstigung von biogenen Treibstoffen sagt Bundesrat Hans-Rudolf Merz:

«Treibstoffe mit negativen ökologischen Auswirkungen werden – egal, woher sie kommen – über die ökologischen Mindestanforderungen von der Steuerbegünstigung ausgeschlossen.» Und auch Bundesrat Moritz Leuenberger meinte in einem Beitrag zu Agrotreibstoffen in seinem lesenswerten Blog (moritzleuenberger.blueblog.ch): «Schon vor über hundert Jahren wurde der Mobilität zuliebe ein Drittel der Äcker mit Getreide, insbesondere Hafer bestellt, damit die Pferde, welche die vielen Kutschen durch die Welt zogen, zu ihrer Nahrung kamen. Auch damals hat das zu Mangel bei der Ernährung der Menschen, zu Hunger und zu Protesten geführt. Auch damals wurde der moralisch sehr berechtigte Vorwurf erhoben, der Mobilität werde die Gesundheit der Ärmsten geopfert.»

Für einen effektiven Klimaschutz braucht es vor allen Dingen weniger Energieverbrauch, weniger motorisierten Verkehr, sparsamere Fahrzeuge und Gebäude. Bio-Etikettenschwindel bringt uns beim Klimaschutz nicht weiter. ak



Luzerner Kirche Energie-Pionierin

Der Grosse Kirchenrat der Katholischen Kirche der Stadt Luzern stimmte dem Verwendungszweck für den Fonds «Energie und Ökologie» zu. Damit stehen nun insgesamt eine Million Franken für Massnahmen zu Verfügung, die zwei klaren Zielen dienen: In den nächsten fünf Jahren sollen mindestens zehn Prozent Energie eingespart und zehn Prozent des Bedarfs dauerhaft aus erneuerbaren Energien gedeckt werden.

Ein wegweisendes Grundlagenpapier verabschiedete auch die einzige ökumenische Synode der Schweiz: Diese fand zum dritten Mal im Kanton Luzern statt. Rund 200 Parlamentsmitglieder der drei Landeskirchen beschäftigten sich am 31. Mai 2008 in Hochdorf mit dem Thema «Welt wandelt Kirche. Wandelt Kirche Welt?». Dabei verpflichteten sich die reformierten, katholischen und christkatholischen Kirchen des Kantons zu einer CO₂-Reduktion von 20 Prozent bis zum Jahr 2020.

www.refluzern.ch/kan/synodeoekumene.php.ch

IPCC-Präsident setzt auf Kirchen

Der indische Chef des Weltklimarates, Rajendra Pachauri, erklärte in einer Internet-Ansprache an den Ökumenischen Rat der Kirchen ÖRK, die Eindämmung der globalen Erwärmung sei die «vielleicht entscheidende Sicherheitsfrage unserer Zeit». Was wir *heute* im Umwelt- und Klimaschutz versäumten, werde vermutlich *morgen* neue Kriege erzeugen, Kriege um Trinkwasser und die Grundnahrungsmittel, Kriege zur Eindämmung von klimabedingten Flüchtlingsströmen. Der Weltklimarat gewann 2007 zusammen mit dem früheren U.S.-Vizepräsidenten Al Gore den Friedensnobelpreis.

In seiner Ansprache setzte Pachauri auf die Religionen dieser Welt: «Keine Glaubensgemeinschaft kann sich um die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen foutieren. Religion impliziert den Glauben an die Schöpfung, an eine schöpferische Kraft.»

Den Menschen bleibe sehr wenig Zeit, gute Antworten auf die drängenden ethischen und ökologischen Fragen zu finden. Kirchen könnten dabei die Rolle des verantwortungsvollen Vermittlers einnehmen.

Video: www.oikoumene.org/index.php?id=3416

Sommeraktion «anders leben»

Die oeku beteiligt sich erneut an einer Plakataktion von kirchlichen Organisationen in Frankreich. Aus der Netzwerks-, Vermittlungs- und Übersetzungsarbeit resultierte ein Plakat zum Thema «sich Zeit nehmen».

Das christliche Netzwerk «Paix, Environnement et Modes de vie» regt in einer Kampagne an, sich mit dem eigenen Lebensstil, mit Konsum-, Geschenks- und Mobilitätsgewohnheiten auseinanderzusetzen.

Sich Zeit nehmen

Die kommende Ferienzeit soll uns dazu anregen, uns Zeit für unseren Reiseweg und für die Schönheiten der Natur zu nehmen. Das Plakat lädt dazu ein, «die Stille und den Gesang der Vögel wirken zu lassen».

Die oeku hat das Plakat aus dem Französischen übersetzt und macht es allen Interessierten auf www.oeku.ch verfügbar.



Das Plakat mit Zusatzinformation findet sich unter www.ete-autrement.org.

Die deutsche Version finden Sie unter www.oeku.ch.

Willkommen im Club der Autofreien!

Rund 40% der Bevölkerung in Schweizer Grosstädten leben ohne eigenes Auto. Über die ganze Schweiz betrachtet sind es etwa eine Million Menschen, die auf ein Auto verzichten. Ein nicht zu vernachlässigender Teil der Bevölkerung also; trotzdem existiert in der Schweiz bis anhin noch keine einzige autofreie Siedlung. Im Gegensatz dazu wird in den meisten Städten Deutschlands über diese Idee debattiert und konkrete Schritte sind bereits eingeleitet.

Vor drei Jahren wurde der «Club der Autofreien in der Schweiz» (CAS) gegründet, um die Autolosen in der Schweiz zu Wort kommen zu lassen. Auf ihrer Homepage schreiben sie: «Wir wollen einem bisher anonymen Segment der Bevölkerung eine Identität und eine Stimme verschaffen, die Attraktivität und die Vorbildfunktion des autofreien Lebensstils bekannt machen und diesen nach Möglichkeit auch durch ökonomische Anreize fördern.» Zu den Projekten des Vereins gehört unter anderem eine Statistik zu autofreien Haushalten und «Climobil», ein Projekt zur Förderung der nachhaltigen Freizeitmobilität.

Der CAS ist der Meinung, ein autofreies Leben sei keine Mangelerscheinung: «Es ist ökologisch verträglich, sozial bereichernd und ökonomisch vorteilhaft, also nach heutigem Verständnis nachhaltig!»

Susanne Menet

Weitere Infos zum CAS unter: www.clubderautofreien.ch

Büchertipp

Klimaerwärmung und globale Ernährung

Die Klimaerwärmung trifft jene am härtesten, die am wenigsten dazu beigetragen haben: Arme Menschen im Süden der Welt. Die Klimaproblematik ist daher unabdingbar verbunden mit der Frage



der sozialen Gerechtigkeit zwischen Menschen verschiedener Regionen und Generationen. Mit der ökumenischen Kampagne «Recht auf Nahrung» stellen sich die kirchlichen Hilfswerke *Brot für alle* und *Fastenopfer* dieser Herausforderung. Die Kampagne 2009 wird «Klimagerechtigkeit» thematisieren. Als Vorbereitung darauf haben die Hilfswerke eine Broschüre mit dem Titel «Gerechtigkeit im Klimawandel» herausgegeben. Die Publikation fasst die wichtigsten Aspekte zu den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der Klimaerwärmung auf 30 Seiten zusammen und richtet ihren Blick auf die besondere Rolle der Kirchen im Klimawandel.

Weil die Klimaerwärmung die bisherigen Anstrengungen in der Entwicklungszusammenarbeit zerstören kann, kommt den Hilfswerken eine zentrale Rolle zu: Zuerst geht es *Brot für alle* und *Fastenopfer* darum, das Bewusstsein in der eigenen Organisation zu stärken und das eigene Haus mit systematischem Umweltmanagement in Ordnung zu bringen. Dann soll das Haus im weiteren Sinn, d.h. die Kirchen und Kirchgemeinden, mit einbezogen werden. Dazu wird ein gemeinsam mit der *oeku* entwickelter CO₂-Rechner für Kirchgemeinden propagiert, die praktische Beratung ausgebaut und ein Klimafonds ins Leben gerufen. Mit dem Fonds sollen Kirchgemeinden und Privatpersonen ein Handlungsangebot erhalten, das auf die Gerechtigkeit im Klimawandel ausgerichtet ist. Schliesslich soll auch die Projektarbeit der Werke einem «Climate Proofing» unterzogen werden und die eigenen Projekte und Aktivitäten auf ihre Klimaneutralität überprüft werden.

Das Büchlein fasst die wichtigsten Anliegen der Werke zusammen und vermittelt einen Einblick mit Südperspektive.

Kurt Aufderreggen

Agenda

Termine mit oeku-Beteiligung

Siehe letzte Seite.

Termine und Veranstaltungen anderer Organisationen

«CO₂ im Inland reduzieren oder im Ausland kompensieren?»

Tagung der Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz Pusch.

Fr, 5. September 2008, 9.30 bis 16.30 Uhr, Bern. Infos und Anmeldung: www.umweltschutz.ch

«Neue Atomkraftwerke in der Schweiz – Fehlinvestition oder Goldesel?»

Fachtagung der Schweizerischen Energiestiftung SES.

Fr, 12.9., 8.30–17.00. Zürich, Hotel Marriott. Infos: www.energiestiftung.ch/service/fachtagungen/fachtagung08

Boldern-Jubiläum: 60 Jahre Boldern

Jubiläumsfeier während des Bettag-Wochenendes. Hauptreferat von Kurt Zaugg-Ott.

19–21. September 2008, Programm und Anmeldung bei www.boldern.ch

«Die wahre Herausforderung des Klimawandels»

7. Vollversammlung des Europäischen Christlichen Umweltnetzwerkes ECEN vom 24. bis zum 28. September 2008 in Mailand/Italien.

Eine Liturgie zur Schöpfungszeit findet sich auf der Website des Umweltnetzwerks: www.ecen.org

«Als der Mensch noch Natur war»

Ausstellung im Naturmuseum Olten zum Klima Europas während den Eiszeiten.

Bis 5. Oktober 2008, täglich ausser Mo, 14–17 Uhr, www.naturmuseum-olten.ch

Ablasshandel keine Lösung

Lob für den multilateralen Weg. Kritik am einseitigen Handel mit Emissionszertifikaten. Ein Plädoyer für klare Reduktionsziele. Das ist das Fazit einer Rede von Bundesrat Moritz Leuenberger. Der Umwelt- und Verkehrsminister war zu Gast am Klima-Symposium der Hilfswerke *Fastenopfer* und *Brot für alle*.

In seinem Eingangsvotum betonte Leuenberger die Verantwortung, welche die Verursacher des Klimawandels tragen, darunter auch die Schweiz: «Diese Verantwortung fängt damit an, dass wir den CO₂-Ausstoss bei uns reduzieren. Wie sonst können wir von anderen verlangen, dass sie dies auch tun?»

Miges Baumann nahm den Steilpass an und skizzierte, wie die Kirchen ihr eigenes Haus in Ordnung bringen können: Die Emissionen von Kirchgemeinden und Pfarreien müssen ermittelt und eine Reduktion angestrebt werden. Über einen Klimafonds sollen klimarelevante Projekte im Süden unterstützt werden.

Kurt Zaugg-Ott konkretisierte die Möglichkeiten der Kirchen in einem gutbesuchten Atelier am Nachmittag und führte positive Beispiele aus Kirchgemeinden auf.

Materialien zum Symposium «Klimagerechtigkeit»:

www.oekumenischekampagne.ch/cms/index.php?id=2

Vielfalt der Schöpfung

Vor 300 Jahren wurde der Schweizer Universalgelehrte Albrecht von Haller in Bern geboren. Haller war nicht nur Dichter, Mediziner und Ökonom, er gilt auch als erster wissenschaftlicher Erforscher der Alpenflora. In seinem Herbarium legte er 10'000 Pflanzenbelege an und wollte so die Vielfalt der Schöpfung erkennen. Was früher als Vielfalt der Schöpfung gepriesen wurde, heisst heute schlicht Biodiversität. Wie gefährdet diese ist, zeigt eine Gegenüberstellung zweier Wiesenstücke im Botanischen Garten der Universität Bern: Eine nach Angaben von Haller rekonstruierte Wiese des 18. Jahrhunderts war zwar ertragsärmer, aber dafür viel artenreicher als heute. Sie bestand aus 35 Pflanzenarten, wogegen eine heutige Standard-Dauerwiese mehr Futter liefert, aber nur gerade sieben Arten aufweist.

Der Grundstein des Botanischen Gartens von Bern wurde von Hallers Sohn gelegt. Nun würdigt der Boga Haller in einer Ausstellung.

Waadtländer Nationalrat begrüsst die oeku

Die Teilnehmenden an der oeku-Mitgliederversammlung 2008 bereuten den Weg nach Lausanne nicht: Neben der ordentlichen Versammlung kamen sie in den Genuss eines anregenden Rahmenprogramms. So wurden sie von National- und Stadtrat Olivier François zum Stand der Arbeiten für die neue Lausanner Metro m2 informiert. Mit einer Führung durch die neu renovierte Kathedrale kamen auch Kunst- und Kulturinteressierte auf ihre Rechnung.

An der Mitgliederversammlung wurden der Jahresbericht und die Rechnung 2007 genehmigt. Besondere Beachtung fanden die Herausgabe des Handbuchs «Bibel Umwelt Unterricht» und die zunehmende Anerkennung der Aktion SchöpfungsZeit durch die Schweizer Kirchen.

Im Vorstand gab es keine Rücktritte. Béatrice Bowald wurde von der Schweizerischen Nationalkommission Justitia et Pax in den oeku-Vorstand delegiert und von den Mitgliedern einstimmig gewählt (vgl. nebenstehendes Portrait). ak

Béatrice Bowald neu im oeku-Vorstand



Béatrice Bowald wurde 1965 in Liesental geboren und ist dort aufgewachsen. Als Theologie-Studentin in Luzern engagierte sie sich im Bereich der feministischen Theologie und der Gleichstellung der Geschlechter. Damit einher geht ihre Mitgliedschaft bei der Europäischen Gesellschaft für theologische Forschung von Frauen (ESWTR), wo sie Vize-Kontaktfrau für die Schweiz ist. Von 1998 bis 2000 arbeitete sie als Koordinatorin bei der Ökumenischen Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz. Hier war auch die Umweltproblematik ein wichtiges Thema. Von Oktober 2000 bis Oktober 2005 war sie Assistentin für Theologische Ethik mit Schwerpunkt Sozialethik an der Theologischen Fakultät Luzern.

Daran anschliessend arbeitete sie als Projektmitarbeiterin in einer kleinen Teilzeitanstellung bei der Arbeitsstelle der Nationalkommission Justitia et Pax. Seit September 2007 ist sie dort wissenschaftliche Mitarbeiterin (50%-Anstellung). Sie beschäftigt sich mit sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen, die aus einer ethischen Perspektive reflektiert werden. Dabei ist für sie wie für die gesamte Kommission die theologisch-ethische Perspektive von der Option für die Benachteiligten leitend. Wichtig sind ihr Fragen eines menschenwürdigen und geschlechtergerechten Zusammenlebens, wozu wesentlich auch die Grundlage für unsere menschliche Existenz gehört, unsere Umwelt. Béatrice Bowald wird von der Nationalkommission Justitia et Pax in den Vorstand der oeku delegiert. Umweltgerechtes Verhalten war und ist auch Thema im täglichen Familienleben, in einem Haushalt zusammen mit Ehepartner und zwei mittlerweile erwachsenen Kindern, die noch in der Ausbildung sind.

Veranstaltungen mit Beteiligung der oeku

Montag, 1. September

siehe Flyer

Auftaktveranstaltung zur SchöpfungsZeit

Ökumenische Feier in der Offenen Kirche St. Gallen
Mit Vertretern der Ortskirchen, der oeku und Clown Pello
1. September, 18.30 Uhr, Offene Kirche St. Gallen, Böcklinstrasse 2

Samstag, 13. September

Ökumenischer Tag der Diakonie in Luzern

Workshop «Klimawandel – Herausforderung für die Diakonie»
mit Kurt Aufdereggen. 13. September, 9–16 Uhr, Lukaszentrum Luzern

Samstag, 4. Oktober

Tagung «De la conviction à l'action» in Lavigny/VD

Gemeinsame Tagung von A Rocha (www.arocha.org) und oeku
Workshops mit Céline Ehrwein Nihan, Anne Durrer und Otto Schäfer

Samstag, 8. November

siehe Flyer

Kirchliche Bau fachtagung «Aus Respekt vor der Schöpfung»

Kirchliche Gebäude nachhaltig bewirtschaften
8. November, 9–16 Uhr, Ref. Kirchengemeindezentrum Rapperswil/AG

November

Kurse «Energie in Kirchen»

Für Sigristen und Liegenschaftsverantwortliche von Kirchengemeinden
In Bern, Zürich und Genf. Informationen: www.oeku.ch